

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 13. Mai 1981

am Donnerstag, dem 14. Mai 1981

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	16

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Wie prüft die Bundesregierung die Praktikabilität ihrer Gesetzesvorschläge, und wonach bemisst sie das Verhältnis zwischen Verwaltungsaufwand und gesellschaftlichem Nutzen?
2. Abgeordneter
Bohl
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung sozialdemokratischer Landesjustizminister, die Streitwertgrenze in Zivilsachen für die amtsgerichtliche Zuständigkeit anzuheben, um die Landgerichte zu entlasten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

3. Abgeordneter
Keller
(CDU/CSU) Gibt es im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Erhebungen über die Zahl von Betrieben, in denen nach dem Betriebsverfassungsgesetz die Errichtung von Betriebsräten vorgesehen ist, in denen Betriebsräte bereits eingerichtet sind und welche Mehrheitsverhältnisse vorherrschen, und falls nein, plant die Bundesregierung solche Erhebungen?
4. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Stimmt die Bundesregierung den vom Regierungspräsidenten in Detmold aufgestellten Berechnungen zu (Quelle: Vorausschauende Strukturpolitik für Ostwestfalen-Lippe, Studie des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen), wonach bis 1990 ein Arbeitsplatzdefizit in Gütersloh von 14 200, in Herford von 16 900, in Höxter von 8 800, in Lippe von 18 900, in Minden-Lübbecke von 23 100, in Paderborn von 17 600 und in Bielefeld von 15 400 zu erwarten ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

5. Abgeordneter
Duve
(SPD) In welchem Umfang wurden bisher Mittel aus dem Energiesparprogramm der Bundesregierung (Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz vom 27. Juni 1978) für Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie in Wohnungen (Wärmedämmung etc.) abgerufen?
6. Abgeordneter
Duve
(SPD) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, inwieweit die „Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie in Wohnungen“ zu einer Verringerung des Primärenergieverbrauchs geführt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

7. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung des Oberstleutnants P. H. Ebsen vom Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr in seinem Aufsatz „Durch Revolutionären Kampf zum Allgemeinen Krieg“ („Truppenpraxis“ Heft 5/80 Seite 371 ff.), der „zunächst berechtigte Protest“ habe sich „zu einem kaum geleugneten Prokommunis-

- mus verschiedener Richtungen fortentwickelt“ und eine „Massenbasis, im legalen Gewand ‚Volkspartei‘ genannt“, könne einen „demokratisch erscheinenden Machtwechsel . . . im Rahmen der Parlamentsarbeit, mit Hilfe zumeist unterwanderter Gewerkschaften“ erreichen?
8. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung Ebsens (Quelle siehe Frage 7), radikale Kräfte hätten „eine Chance, wenn sich die Interessen der Bevölkerung nicht mehr mit denen staatlicher Macht decken und äußere Umstände, wie wirtschaftliche Schwierigkeiten, politisch-militärische Pressionen ideologischer Bezugsstaaten hinzukommen“ und ein „aktiver, energischer und im Volk repräsentierter Staat“ wird in der Lage sein, solche Bestrebungen so lange zu ersticken, wie er politische Handlungsfreiheit hat?
9. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Sind der Bundesregierung Lagerstätten bekannt, in denen die NATO-Partner biologische oder chemische Kampfstoffe in der Bundesrepublik Deutschland bereithalten?
10. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die NATO-Partner aufzufordern, diese Lager unverzüglich zu räumen, mit dem Ziel, daß keine B- bzw. C-Kampfstoffe mehr in der Bundesrepublik Deutschland gelagert werden?
11. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Trifft es zu, daß das Bundesverteidigungsministerium ein Beratungsunternehmen in München beauftragt hat, ein Modell zur Verbesserung der heimatnahen Einberufung von Wehrpflichtigen zu entwickeln?
12. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Wenn ja, welche Kriterien sind dieser Untersuchung zugrundegelegt, und wann ist mit einem diskutierbaren Ergebnis zu rechnen?
13. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß das bildungspolitische Ziel, Berufe für weibliche Jugendliche zu öffnen, die bisher in der Praxis im wesentlichen Männer vorbehalten werden, im Bereich der Bundeswehr immer wieder auf praktische Hindernisse stößt und Bewerbungen weiblicher Jugendlicher zur Ausbildung in gewerblich-technischen Berufen, z. B. als Flugzeugmechaniker, mit dem Hinweis auf fehlende Dusche, Umkleideraum und Toiletten zurückgewiesen werden?
14. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um Chancengleichheit zwischen grundsätzlich geeigneten männlichen und weiblichen Bewerbern für einen Ausbildungsplatz im Bereich der Bundeswehr sicherzustellen?
15. Abgeordneter
Dallmeyer
(CDU/CSU) Welche Absichten verfolgt die Bundesregierung, um den Verwendungsstau im Bereich der Offiziere und Unteroffiziere abzubauen?
16. Abgeordneter
Kurt (Würzbach)
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die aus der Sicht des Bundesverteidigungsministeriums veranschlagte Summe von 1,75 Millionen DM zur Erhöhung des Verteidigungshaushalts im Jahr 1981 für ausreichend, um die laufenden Vorhaben und die unabwieslichen Kosten vollständig abzudecken?

- | | |
|---|---|
| 17. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) | Wie viele Offiziere und Offizieranwärter, die an den Bundeswehrhochschulen studieren, haben im ersten Quartal 1981 die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer nach Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes beantragt? |
| 18. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung die öffentlich geäußerte Auffassung, daß die „Stimmung“ in der Truppe rapide verfallende und die Motivation unserer Soldaten immer mehr nachlasse? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Besatzungsangehörige zivilbesetzter Schiffe der Bundesmarine bis zum 65. Lebensjahr Dienst machen müssen und daß im Gegensatz dazu Angehörige der Handelsmarine bereits mit Erreichung des 55. Lebensjahrs in den Ruhestand gehen können, obwohl beide Personengruppen über die gleichen zivilen Patente verfügen und die Besatzungsangehörigen zivilbesetzter Schiffe der Bundesmarine oft weitaus größeren Belastungen ausgesetzt sind (Unterbringung an Bord, Manöver, Mob-Übungen und bis zu 78 Wochenstunden)? |
| 20. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß älteren Besatzungsangehörigen zivilbesetzter Schiffe häufig aus gesundheitlichen Gründen die Borddienstverwendungsfähigkeit aberkannt werden muß und daß sie sodann eine Tätigkeit an Land annehmen müssen, mit der auf jeden Fall eine erhebliche finanzielle Einbuße und somit ein sozialer Rückschritt verbunden sind und die heute übliche Wahrung des erreichten Besitzstands also nicht gegeben ist? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

- | | |
|---|--|
| 21. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (siehe ddp vom 26. März 1981), daß die perinatale Kindersterblichkeit bzw. die folgeschweren Gesundheitsstörungen von Kindern erheblich reduziert werden könnten, wenn die angebotenen Vorsorgeuntersuchungen von den schwangeren Frauen besser genutzt würden, und wenn ja, welche Gründe sieht die Bundesregierung in der ungenügenden Inanspruchnahme? |
| 22. Abgeordneter
Marschall
(SPD) | Trifft ein Bericht der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 1. Mai 1981 zu, das Bundesgesundheitsamt habe dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit ein Dossier mit der Beurteilung des Buchs „Gesunde Geschäfte – Die Praktiken der Pharma-Industrie“ zugeleitet, und wenn ja, was sind die wesentlichen Feststellungen aus diesen Unterlagen? |
| 23. Abgeordneter
Marschall
(SPD) | Trifft es zu, daß in dem Dossier Rechtsverstöße von Firmen und Ärzten aufgeführt werden, und wenn ja, hat das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit die jeweiligen Bundesländer von diesem Sachverhalt unterrichtet, damit die erforderlichen juristischen Schritte eingeleitet werden können, bzw. wenn nein, warum nicht? |

- | | |
|--|---|
| 24. Abgeordneter
Herkenrath
(CDU/CSU) | Welche schädlichen Nebenwirkungen des Medikaments Chloramphenicol sind der Bundesregierung bekannt? |
| 25. Abgeordneter
Herkenrath
(CDU/CSU) | Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Schäden beim Menschen durch dieses Medikament aufgetreten sind? |
| 26. Abgeordneter
Helmrich
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß die Anwendung von Chloramphenicol im veterinär-medizinischen Bereich zur hochgradigen Bildung resistenter Bakterienstämme geführt hat, so daß die Anwendung von Chloramphenicol beim Menschen in ihrer Wirksamkeit herabgesetzt wurde? |
| 27. Abgeordneter
Helmrich
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche Auswirkungen ein Verbot des Medikaments Chloramphenicol auf die Situation der pharmazeutischen Industrie hätte? |
| 28. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß für Kleinkinder auch schon ganz kleine Mengen von Alkohol schädlich sind und daß für sogenannte trockene Alkoholiker oft schon die kleinste Menge Alkohol ausschlaggebend für einen Rückfall in die Sucht sein kann, und wäre es da nicht zwingend notwendig, daß Zusätze von alkoholischen Getränken in Speiseeis- und Joghurtzubereitungen nach Art und Menge eindeutig deklariert werden? |
| 29. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) | Hat die Bundesregierung für Gesundheitliche Aufklärung eine Übersicht darüber, welche Bundesländer die von ihr herausgegebene Broschüre „Alltag – Szenen einer Clique“, in der es um die Aufklärung von Drogenproblemen geht, an den Schulen als Material bei der Aufklärung des Drogenproblems verwenden? |

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

- | | |
|---|---|
| 30. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Trifft die in der Presse wiedergegebene Behauptung des israelischen Ministerpräsidenten Begin zu, der heutige Bundeskanzler Schmidt habe 1944 der Filmvorführung beigewohnt, mit der Hitler sich die Erhängung der (vom Volksgerichtshof wegen ihrer Beteiligung am Widerstand des 20. Juli 1944 zum Tode verurteilten) Generale zeigen ließ, und weshalb ist verneinendenfalls diese für den Bundeskanzler ehrenrührige Behauptung, die zutreffendenfalls auch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland schädigen müßte, von der Bundesregierung nicht sofort und in der Substanz dementiert worden? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|---|
| 31. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Welche politischen und rechtlichen Vorstellungen hat die Bundesregierung im Anschluß an die Stuttgarter Rede des Bundesministers des Auswärtigen am 6. Januar 1981 entwickelt, um das Europäische Rahmenwerk mit dem Ziel der Herbeiführung einer Europäischen Union zu fördern und auszubauen? |
|---|---|

32. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, in absehbarer Zeit diplomatische Beziehungen zu Nordkorea aufzunehmen, oder plant sie, Handels- und Kulturbeliehungen entsprechend den Wünschen der nordkoreanischen Regierung zu eröffnen?
33. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Ist es richtig, daß auf der Frühjahrstagung der Außenminister des Nordatlantikpakts (NATO) in Rom kritisiert wurde, in einigen Mitgliedstaaten seien die Sozialausgaben siebenmal höher als der Verteidigungsetat, während sie in den USA nur dreimal so hoch sind, und es alle Verbündeten begrüßt hätten, daß sich dieses Verhältnis auch in den anderen NATO-Staaten zugunsten der Verteidigungsausgaben ändere (s. Süddeutsche Zeitung vom 6. Mai), und heißt das, daß auch die Bundesregierung in Kürze den Sozialhaushalt zugunsten des Verteidigungsetats kürzen wird?
34. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Lassen sich die USA nach Kenntnis der Bundesregierung auf eine Interventionspolitik in Lateinamerika oder anderswo ein, und wenn ja, welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zu dieser Politik?
35. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Befindet sich die Bundesregierung in voller Übereinstimmung mit der amerikanischen Regierung in Washington, so wie dies letztlich bei den Besuchen des Bundeskanzlers, des Bundesaußenministers, des Bundesverteidigungsministers und des Bundeswirtschaftsministers in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck gekommen ist?
36. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über den Zeitpunkt, zu dem von der regierenden Junta frühestens Wahlen in Nicaragua beabsichtigt sind, und welche einschränkenden Interpretationen sind ihr über den beabsichtigten Charakter und die Umstände solcher Wahlen bekannt geworden?
37. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Soltau)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, daß die Streitkräfte Nicaraguas unter Somoza 15000 Mann umfaßten und nach der Revolution wesentlich aufgestockt worden sind, und wie bewertet die Bundesregierung diese Militarisierung eines notleidenden Landes?
38. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung verläßliche Informationen darüber, daß in Nicaragua alsbald Wahlen stattfinden werden, die als allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim bezeichnet werden können?
39. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung darüber unterrichtet, daß der nicaraguanische Verteidigungsminister Humberto Ortega am 23. August 1980 in Gegenwart des costaricanischen Präsidenten Carazo verkündet hat, Wahlen sollten nur stattfinden, um die Auswahl der für den revolutionären Prozeß Verantwortlichen zu verbessern, der schon in den Händen des Volkes sei, das durch seine Vorhut, die FSLN, repräsentiert werde, also gewissermaßen nur eine innerparteiliche Wahl ankündigte, und wie bewertet die Bundesregierung eine solche „Wahl“, die den pluralistischen Kräften keinen Raum mehr ließen?

40. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, daß die Streitkräfte in Nicaragua in dem Sinne parteilich sind, daß sie das Wort „sandinistisch“ im Namen führen („ejercito popular sandinista“), welches Kraft Gesetzes für den FSLN reserviert ist, und wie bewertet die Bundesregierung die Existenz einer solchen Parteiarmee?
41. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Informationen darüber, daß die Miliz Nicaraguas, die unter dem Kommando Eden Pastoras steht, von derzeit mindestens 50 000 auf künftig 200 000 Mitglieder aufgestockt werden soll, und gibt es nach Ansicht der Bundesregierung außen- oder innenpolitische Gründe für eine solche Maßnahme?
42. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Ausrüstung der nicaraguanischen Armee mit mittelschwerer Artillerie, Mörsern und Raketenwerfern, und weiß sie, welche dieser Waffen aus der DDR bezogen worden sind?
43. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse am und unmittelbar nach dem 14. März 1981 in Nicaragua, als in Militärfahrzeugen herangefahrene und von sandinistischen Juntamitgliedern kommandierte Horden von Randalierern gegen den demokratischen Sektor und insbesondere gegen die sozialdemokratische Partei Robelos vorgingen, Parteilokale zerstörten, Mitarbeiter verletzten, Wohnungen von Parteiführern in Brand steckten und die freie Entfaltung pluralistischer Kräfte schwer beeinträchtigten?
44. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Zustand der Pressefreiheit in Nicaragua angesichts der Dekrete Nr. 511 und 512 vom 10. September 1980 und vom 19. März 1981, die eine Vorzensur und gravierende Einschränkungen der Pressefreiheit für alle nach Ansicht der Regierung für sie nachteiligen Vorgänge beinhalten?
45. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die verbreitete Sorge, wie sie jetzt auch vom Bischof von Managua, Miguel Obando y Bravo, geäußert worden ist, daß die 2 000 kubanischen Lehrer in Nicaragua nicht nur eine positive Alphabetisierungskampagne durchführen, sondern gleichzeitig auch die kommunistische Ideologie verbreiten und so die demokratische Entwicklung Nicaraguas gefährden?
46. Abgeordneter
Lamers
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die früher der Familie Somoza gehörenden Massenkommunikationsmittel wie Fernsehen, Radio und die Zeitung „Novedades“ (heute „Barricada“) verstaatlicht worden sind und der Staatspartei FSLN zur ausschließlichen Nutzung zur Verfügung stehen, und wie bewertet sie eine solche Entwicklung?
47. Abgeordneter
Lamers
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß es auch im heutigen Nicaragua zu erheblichen Verletzungen von Menschenrechten kommt?

48. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung durch die GTZ dem diktatorischen Militärregime des Generals Romero bis 1979 Finanzhilfen zur Beteiligung El Salvadors an Ausstellungen in der Bundesrepublik Deutschland wie der Internationalen Frankfurter Messe und der Anuga in Köln gewährt, und das Gleiche der neuen Regierung El Salvadors durch den Parlamentarischen Staatssekretär Brück verweigert, während das Land Berlin der alten wie der neuen Regierung dieses Landes in gleicher Weise hilft, an der Messe „Partner des Fortschritts“ teilzunehmen?
49. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- In welcher Weise hat der Bundesminister des Auswärtigen den Schnellbrief des Bundesinnenministers vom 4. März 1981 beantwortet, in dem er das Auswärtige Amt auf Ersuchen des Berliner Senats um Stellungnahme bittet, ob der Guerillakrieg der FMLN in El Salvador als Angriffskrieg im Sinne des Artikels 26 Abs. 1 des Grundgesetzes anzusehen sei, bzw. ob die Verwendung des Ertrags von Sammlungen für Waffen für El Salvador geeignet sei, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

50. Abgeordneter
Schröer
(Mülheim)
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung gegen die gewerbliche Vermittlung sogenannter Scheinehen zwischen Ausländern und deutschen Staatsangehörigen ergriffen, die darauf abzielen, den aufenthaltsrechtlichen Status des ausländischen Partners zu verbessern?
51. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, ob die im Entwurf des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1981 — Einzelplan 10 — auf Seite 60 in den Erläuterungen zu Tit. 671 02 angegebenen Mengen an Nahrungsmitteln zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung tatsächlich vorhanden sind?
52. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung gegebenenfalls die berichtigten Zahlenangaben bekanntgeben?
53. Abgeordnete
Frau Roitzsch
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Förderung des Einbaus von Wärmepumpen noch für vertretbar, solange keine Erkenntnisse darüber vorliegen wie sich diese Maßnahmen auf die Ökologie auswirken?
54. Abgeordnete
Frau Roitzsch
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Aussage des Mainzer Kriminologen Prof. Dr. Mergen bestätigen, daß ein Zusammenhang zwischen der zunehmenden Zahl von Verbrechen in den Großstädten und den Versäumnissen in Stadtplanung und Architektur besteht?
55. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Warum ist die Bundeszentrale für politische Bildung nicht bereit, die dreiteilige Fernsehserie „Flucht und Vertreibung“ der ARD ganz oder im Auszug in ihr didaktisches Programm aufzunehmen und eine für den historischen und politischen Unterricht bestimmte Begleitung in Auftrag zu geben?

56. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, um dem durch die „schleichende Ölpest“ in der Nordsee hervorgerufenen Seevogelsterben Herr zu werden, dem nach Auffassung von Wissenschaftlern bisher mindestens 180 000 Vögel zum Opfer fielen?
57. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, welche Wärme- und Chloridbelastung von Saar und Mosel durch das Kernkraftwerk Cattenom bewirkt wird, und wie beurteilt sie diese Belastung?
58. Abgeordneter
Herberholz
(SPD) Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, mit Frankreich zu einer Übereinkunft zu gelangen, damit die Wärme- und Chloridbelastung von Mosel und Saar durch das Kernkraftwerk Cattenom unterbleibt bzw. in Grenzen gehalten wird, die keine negativen ökologischen Auswirkungen mit sich bringen?
59. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Kommunistische Partei mit Beratungshilfe seitens eines Bonner Bundesministeriums gegründet worden ist, wer waren der verantwortliche Bundesminister und der verantwortliche Staatssekretär?
60. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Unterlagen über die Beratungshilfe dem Innenausschuß des Bundestages vorzulegen?
61. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Wie viele Angehörige der Deutschen Kommunistischen Partei sind in den beiden letzten Jahren bei welchen Dienststellen des Bundes (einschließlich Deutscher Bundesbahn und Deutscher Bundespost) als Beamte entlassen und sofort wieder als Angestellte übernommen worden, und bedeutet ein solches Vorgehen nicht eine bewußte Umgehung des Grundsatzes, daß Verfassungsfeinde dem öffentlich Dienst nicht angehören dürfen?
62. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, in Zukunft diese Praxis der Umwandlung von Beamten- in Angestelltenstellen zu unterbinden, und treffen Meldungen zu, daß Bundesminister Dr. Hauff erklärt habe, auch weiterhin dieses Umwandlungsverfahren anwenden zu wollen?
63. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Stand strafrechtlicher Ermittlungen gegen Teilnehmer an den Ausschreitungen gegen die Bundeswehr am Abend des 6. Mai 1980 in Bremen?
64. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) In welcher Höhe ist der Bundesrepublik Deutschland Schaden z. B. durch Körperverletzungen von Soldaten und Beschädigungen an Sachmitteln der Bundeswehr bei den Bremer Ausschreitungen entstanden, und was ist bisher geschehen, um zivilrechtliche Schadensersatzforderungen durchzusetzen?

65. Abgeordneter
Egert
(SPD) Sieht die Bundesregierung in der Tatsache, daß in einer Stellenausschreibung für die Textredaktion ein Redakteur, für das Ressort „Er — sie — es“ aber sowohl Redakteur oder auch Redakteurin, gesucht wird, eine Verletzung des Gleichbehandlungsgebots nach dem EG-Anpassungsgesetz, und ist sie bereit, durch verstärkte Informationsarbeit dem Gesetz mehr Geltung zu verschaffen?
66. Abgeordneter
Egert
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die überwiegende Anzahl der Zeitungen und Zeitschriften den Stellenmarkt mit seinen Stellenausschreibungen entgegen den gesetzlichen Intentionen nach wie vor nach männlich/weiblich ordnet?
67. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Trifft die Feststellung der Studie des Umweltausschusses der NATO zu, daß es bei der Beseitigung gefährlicher Industrieabfälle in rechtlicher Hinsicht Lücken in der Bundesrepublik Deutschland gibt, um welche rechtlichen Lücken handelt es sich, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese rechtlichen Lücken zu schließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

68. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Was wird die Bundesregierung unternehmen, um den von vielen Steuerbeamten beklagten hohen Schwierigkeitsgrad von Steuergesetzesänderungen abzubauen und den Gesetzen zu einer besseren Verständlichkeit und Übersichtlichkeit zu verhelfen?
69. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Ist es der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang einzelne OPEC-Staaten, insbesondere das Scheichtum Kuweit, an der Volkswagenwerk AG oder seinen Konzernunternehmen beteiligt sind, und sind der Bundesregierung weitere Beteiligungsabsichten dieser Staaten bekannt?
70. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere unter dem Gesichtspunkt, daß der Bund Großaktionär bei der Volkswagenwerk AG ist, die Beteiligung der OPEC-Staaten an diesem Unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

71. Abgeordneter
Borchert
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die weiteren Auswirkungen der vertragswidrigen Subventionen in der europäischen Stahlindustrie auf die deutschen Unternehmen, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um diese Wettbewerbsverzerrungen abzubauen?
72. Abgeordneter
Borchert
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach der Gründung einer Deutschen Stahl AG nach dem Beispiel der Ruhr-Kohle AG?

73. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung nach Vergabe öffentlicher Mittel zum Ausgleich laufender Betriebskosten der deutschen Stahlunternehmen nur gegen Abgabe von Kapitalanteilen sowie unter der Bedingung verbindlicher Personalplanung mit dem Ziel der Gründung einer Ruhrstahl-AG?
74. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Ist es richtig, daß ab 1. April 1981 der Export von Maschinen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Frankreich durch neue bürokratische, nichttarifäre Handelshemmnisse erheblich erschwert worden ist, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese möglichen EG-vertragswidrigen Praktiken in Zukunft zu unternehmen, um Wettbewerbsgleichheit wiederherzustellen?
75. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- In welchen von dem hohen Energiepreisniveau in der Bundesrepublik Deutschland betroffenen Branchen muß davon ausgegangen werden, daß neue Investitionen nur in Ländern mit einem günstigeren Energiepreis stattfinden, und in welchen Branchen ist zu befürchten, daß aus diesem Grund bestehende Anlagen verlagert werden?
76. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wie lautet im Pariser Abkommen über die Tilgung der westlichen Polenkredite die Klausel für den Fall „außergewöhnliche Umstände“ (vgl. Nachrichtenspiegel I vom 29. April 1981)?
77. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die vom Bundeskartellamt beabsichtigte Aufhebung der Preisbindung von Schulbüchern zu verhindern?
78. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Ist die Absicht des niedersächsischen Ministers für Wirtschaft, keine Investitionszuschüsse für die Zonenrandstadt Peine aus den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zur Verfügung zu stellen, mit der Zielsetzung des Zonenrandförderungsgesetzes vereinbar, und ist diese Absicht angesichts der hohen Vorabquote für das Zonenrandgebiet im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe mit der regionalpolitischen Zielsetzung des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Einklang?
79. Abgeordneter
Stockleben
(SPD)
- Hat die niedersächsische Landesregierung in den Jahren 1978 bis 1980 die dem Zonenrandgebiet aus der Gemeinschaftsaufgabe zukommenden Fördermittel voll für die Zonenrandförderung genutzt?
80. Abgeordneter
Heistermann
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Summe beziffern, die aus Bundesmitteln im Rahmen der regionalen Wirtschafts- und sonstigen Förderung, auch im Rahmen von Gemeinschaftsaufgaben, in die Kreise Hörter und Lippe geflossen sind, und welche Maßnahmen dieser Art will die Bundesregierung weiterhin, auch gemeinsam mit der Landesregierung, ergreifen?

- | | |
|--|--|
| 81. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU) | Inwieweit wird der großen und immer mehr wachsenden Bedeutung der Verbraucherfragen und Verbraucherpolitik Rechnung getragen, daß darüber an den Universitäten und Hochschulen gelehrt wird? |
| 82. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) | Trifft die Feststellung zu, daß die kritische Wirtschaftslage der deutschen Glasfaserindustrie, wie sie sich besonders deutlich am Beispiel der Stilllegung des Werks Dortmund der Gevetex Textilglas-GmbH zeigt, vor allem auf den Einfluß der Dumpingpreise der Ostblockländer (DDR, CSSR) zurückzuführen ist? |
| 83. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) | Wäre die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, mit Rücksicht auf die drohenden Arbeitsplatzverluste bei der Europäischen Gemeinschaft ein entsprechendes Anti-Dumpingverfahren einzuleiten und Mittel aus dem Bundestechnologieprogramm für die Modernisierung, Rationalisierung oder Umstrukturierung betroffener Betriebe bereitzustellen? |
| 84. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) | Ist die Ausfuhr des Gastgesenks des bayerischen Ministerpräsidenten an den pakistanischen Staatspräsidenten, eine automatische Neun-Millimeter-Pistole deutscher Produktion, von der für Ausfuhr genehmigungen zuständigen Bundesbehörde genehmigt worden, und hat diese Behörde für die Vorderladermuskete, die als Gegengeschenk überreicht wurde, eine Importgenehmigung erteilt? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- | | |
|---|--|
| 85. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) | Welche Gründe hat die Bundesregierung dafür, daß die vom Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der Richtlinie 159/72 beschlossene Förderungsmaßnahme zur Niederlassung junger Landwirte bisher in der Bundesrepublik Deutschland nicht eingeführt wurde? |
| 86. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) | Wann gedenkt die Bundesregierung, der Forderung des Bundes der Deutschen Landjugend zu entsprechen und diese Förderungsmaßnahme einzuführen und damit der Benachteiligung der jungen deutschen Landwirte gegenüber ihren europäischen Berufskollegen zu begegnen? |
| 87. Abgeordneter
Freiherr von Schorlemer
(CDU/CSU) | Denkt die Bundesregierung an Hilfestellung für junge Landwirte, die eigene Betriebe gründen wollen, um die Schwierigkeiten, die sich aus der Disparität zwischen dem Einkommen der Landwirtschaft und den gewerblichen Berufen ergeben, auszugleichen? |
| 88. Abgeordneter
Freiherr von Schorlemer
(CDU/CSU) | Welche nationalen Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um junge deutsche Landwirte gegenüber den europäischen Berufskollegen, für die der Ministerrat der EG im Rahmen einer Richtlinie Förderungsmaßnahmen beschlossen hat, nicht länger zu benachteiligen? |

89. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, mit welchen Pflanzenschutzmitteln der italienische Landwirt im Obstbau arbeiten darf, die in der Bundesrepublik Deutschland verboten sind, und welche alternativen Pflanzenschutzmittel der deutsche Obstbauer bei welcher Kostendifferenz einsetzt?
90. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Gartenbaus zu erhalten gegenüber dem niederländischen Gartenbau, nachdem jetzt das schwere Heizöl im Preis auf 540 DM pro Tonne gestiegen ist?
91. Abgeordneter
Dr. Faltlhauser
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung bisher davon abgehalten, die Anwendung von Chloramphenicol bei Tieren, die der Lebensmittelgewinnung dienen, zu verbieten?
92. Abgeordneter
Dr. Faltlhauser
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung schon Konsultationen mit anderen EG-Staaten oder mit der Kommission aufgenommen, um ein Verbot der Anwendung von Chloramphenicol bei Tieren, die der Lebensmittelgewinnung dienen, im EG-Bereich zu verbieten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

93. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Stilllegung der Bundesbahnstrecke Celle – Gifhorn und die Aufhebung des Bahnhofs Stöcken an der Schienenstrecke Braunschweig – Uelzen die verkehrliche Infrastruktur des Landkreises Gifhorn erheblich beeinträchtigt?
94. Abgeordneter
Clemens
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß die beabsichtigten Stilllegungen angesichts der vom Bundestag mit den Stimmen der SPD und FDP Abgeordneten beschlossenen Mineralölsteuererhöhung sowie der von der Bundesregierung abgelehnten Erhöhung der Kilometerpauschale der Bevölkerung – insbesondere den betroffenen Pendlern – zusätzliche finanzielle Belastungen aufbürden?
95. Abgeordneter
Baack
(SPD) Stimmt die Aussage der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie, daß in Nordrhein-Westfalen u. a. Aufträge des Bundes trotz Submission nicht an die Baufirmen vergeben worden sind, und wie hoch beläuft sich der Anteil des Bundes?
96. Abgeordneter
Baack
(SPD) In welchen Verkehrsbereichen treten hauptsächlich diese Verzögerungen auf, und was sind die Gründe?
97. Abgeordneter
Dr. Mertens
(Bottrop)
(SPD) Hält die Bundesregierung an den bisherigen Festlegungen der Baustufen für die A 31 nördlich der A 2 fest?
98. Abgeordneter
Dr. Mertens
(Bottrop)
(SPD) Sind ihr Schwierigkeiten im Rahmen der Planfeststellung bekannt, die einen fristgerechten Neubau in Frage stellen?

99. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Hat die Landesregierung Baden-Württemberg Gespräche über die Neufassung einer Dringlichkeitsliste für den Bundesfernstraßenbau zugestimmt und als Gesprächsgrundlage Vorschläge unterbreitet, und welche verkehrlichen Maßnahmen werden hiervon im Regierungspräsidium Karlsruhe betroffen und in andere Dringlichkeit eingestuft?
100. Abgeordneter
Merker
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die bisherigen Bemühungen um eine Reduzierung der Lärmentwicklung bei Zweiradfahrzeugen nicht den erwarteten Erfolg hatten und die Lärmbelästigung durch manipulierte Mofas und Mopeds nach wie vor von der Bevölkerung als unerträglich angesehen wird?
101. Abgeordneter
Merker
(FDP)
- Wann werden die in den „Mitteilungen aus dem Bundesverkehrsministerium“ für März/April 1981 ins Auge gefaßten Anpassungen der Richtlinien in Kraft treten, die nach Angabe des Bundesverkehrsministers zu einer deutlichen erkennbaren und technisch realisierbaren Verschärfung führen sollen?
102. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung gerade im Hinblick auf die Verkehrssicherheit Presseveröffentlichungen, nach denen sich im Durchschnitt wöchentlich etwa vier Patienten beim Augenarzt vorstellen, deren Sehfähigkeit so beeinträchtigt ist, daß sie nicht mehr ein Kraftfahrzeug führen dürften, aber auf Grund der ärztlichen Schweigepflicht unerkannt bleiben, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem Tatbestand?
103. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Inwieweit kann sichergestellt werden, daß insbesondere im Falle der Führerscheine Bewerber, die auf Grund mangelhafter Sehfähigkeit den Sehtest nicht bestanden haben und deshalb zur augenärztlichen Untersuchung veranlaßt werden, die Führerschein ausstellende Behörde über das Ergebnis der augenärztlichen Untersuchung unterrichtet wird?
104. Abgeordneter
Keller
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob es zutrifft, daß Führerscheininhaber, die jünger als 21 Jahre alt sind, im Verhältnis häufiger schwere Verkehrsunfälle verursachen als andere Teilnehmer am Kraftfahrzeugverkehr, und daß Personen, welche die Fahrerlaubnis weniger als ein Jahr besitzen, ebenfalls im Verhältnis häufiger schwere Verkehrsunfälle verursachen als Kraftfahrzeuglenker mit längerer Fahrpraxis?
105. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser werden wann und wo ergriffen, nachdem auf deutscher Seite Einigkeit darüber besteht, daß die Rheinstaufstufe Au/Neuburgweier nicht gebaut werden soll?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

106. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Wann und auf welcher verfassungsrechtlichen oder sonstigen gesetzlichen Grundlage hat die Bundesregierung den auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland von den USA betriebenen und finanzierten Sendern Radio Free Europe und Radio Liberty Sendelizenzen auf unbestimmte Zeit gewährt, und wie vereinbart sich diese Lizenzerteilung mit der Auskunft des Bundesinnenministers (vgl. Antwort auf die schriftliche Frage des Abgeordneten Meinike [Oberhausen] vom 2. April 1981), wonach die geltenden Rundfunkgesetze die Zulassung anderer als die bestehenden Rundfunkanstalten des öffentlichen Rechts nicht vorsehen?
107. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Wie vereinbart die Bundesregierung den Verzicht auf eine Kontrolle der amerikanischen Sender auf deutschem Boden mit dem Souveränitätsanspruch der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Tatsache, daß als Ausnahme von dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rundfunkrecht nach Artikel 60 Abs. 5 a des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantik-Vertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen den NATO-Truppen nur gestattet ist, Rundfunksender für die Truppe und das zivile Gefolge zu betreiben?
108. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Welche Planungen der Deutschen Bundespost bestehen in der Region 1 (Würzburg – Main – Spessart usw.) in Unterfranken zum Umbau der in den Städten und Gemeinden vorhandenen öffentlichen Münzfernsprecher in münzfreie Notrufmelder, und wie viele der vorhandenen öffentlichen Sprechstellen (Telefonzellen) werden wann umgestellt?
109. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)
- Ist der Bundespostminister im „Jahr der Behinderten“ bereit, durch eine Änderung der Gebührenordnung die Einrichtungsgebühr und die Zusatzgebühr für Tastenfeldtelefone, die den vom Verlust oder der Gebrauchsfähigkeit beider Hände betroffenen Behinderten eine Kommunikationsmöglichkeit mit ihrer Umwelt ermöglichen, künftig zu streichen?
110. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß im Bereich der Deutschen Bundespost 6 414 308 Überstunden – davon alleine in Hamburg 312 000 – noch nicht abgewickelt sind und daß von vielen Postbediensteten diese Überstunden in der Annahme geleistet wurden, daß sie dafür einen Freizeit oder finanziellen Ausgleich erhalten?
111. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Hat das Bundespostministerium am 23. April 1981 unter dem Geschäftszeichen 321–3A 6416–1 eine Barabgeltung der Mehrleistungen der Beamten angeordnet, und wenn ja, sind bei dieser Anordnung die Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes und der Mehrarbeitsentschädigungsverordnung beachtet worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

- | | |
|---|--|
| 112. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) | Welche Verbände und Gruppen werden im Rahmen des „Bürgerdialog Energie“ aus den Mitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie 1981 gefördert, und für welche Art von Informations- und Diskussionsveranstaltungen werden Zuschüsse nach welchen Zuschußkriterien gegeben? |
| 113. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) | Wie hoch sind die Mittel, mit denen die Bundesregierung bisher die Entwicklung von thermochemischen und elektrolytischen Verfahren zur Gewinnung von Wasserstoff gefördert hat? |
| 114. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) | Wie wird die Bundesregierung zukünftig ihre Prioritäten bei der Forschungsförderung von Wasserstoffgewinnungsmethoden setzen, und welche Kriterien sind für ihre Entscheidung maßgebend? |
| 115. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD) | Welche neuen Schwerpunkte sind in dem Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens in den letzten Jahren gebildet worden, und welche Mittel im Haushalt wurden dafür bereit gestellt? |
| 116. Abgeordnete
Frau Terborg
(SPD) | Welche Anstrengungen wurden von der Bundesregierung bisher unternommen, die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsprogramms zur Humanisierung des Arbeitslebens in die Praxis umzusetzen? |
| 117. Abgeordneter
Reuter
(SPD) | Konnte allen im Rahmen des Programms Humanisierung des Arbeitslebens als positiv begutachteten Förderungsanträgen entsprochen und konnten alle bewilligten Projekte in Angriff genommen werden? |
| 118. Abgeordneter
Reuter
(SPD) | Wieviele Projekte sind im Rahmen des Programms zur Humanisierung des Arbeitslebens bisher gefördert worden, und wieviel wurden inzwischen beendet bzw. abgebrochen? |
| 119. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsprogramms zur Humanisierung des Arbeitslebens, und welche Erwartungen konnten damit erfüllt werden? |
| 120. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) | Welche gesetzlichen Anforderungen werden mit der Förderung des Programms zur Humanisierung des Arbeitslebens erfüllt? |
| 121. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) | Welche Erfahrungen wurden nach Auffassung der Bundesregierung bisher mit der sogenannten Begleitforschung im Rahmen des Programms Humanisierung des Arbeitslebens gemacht, und sollte diese gegebenenfalls neu organisiert werden? |
| 122. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD) | Wieviele Projekte des Programms zur Humanisierung des Arbeitslebens sind dem Bereich des öffentlichen Dienstes zuzurechnen, und wieviel Projekte werden in kleinen und mittleren Unternehmen durchgeführt? |

123. Abgeordneter
Auch
(SPD) Wie hat sich nach Auffassung der Bundesregierung die Mitarbeit der Gewerkschaften und die Mitbestimmung bei Durchführung von Projekten des Programms Humanisierung des Arbeitslebens in den Betrieben bewährt?
124. Abgeordneter
Auch
(SPD) Welche neuen Projekte im Bereich der Schaffung von Arbeitsplätzen für Schwerbehinderte und Leistungsgeminderte wurden im Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens 1980 in Angriff genommen, und welche sind für dieses Jahr geplant?

Bonn, den 8. Mai 1981

